



Ressort: Mixed News

Unverständnis der Polizeigewerkschaft zum Bundestag

Berlin, 11.03.2025 [ENA]

Der Deutsche Bundestag hat das umstrittene "Zustrombegrenzungsgesetz" der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt, was zu heftigen Reaktionen führt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) äußert sich enttäuscht über die Entscheidung und sieht darin einen Rückschlag für die innere Sicherheit.

Mit 349 zu 338 Stimmen scheiterte der Gesetzentwurf im Bundestag. Das Gesetz hätte drei wesentliche Änderungen für die innere Sicherheit vorgesehen: die Wiederaufnahme der Migrationsbegrenzung als Ziel im Aufenthaltsgesetz, die Einstellung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige und weiterhin auch erweiterte Befugnisse für die Bundespolizei bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen.

Heiko Teggatz, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPoIG, kritisiert die Ablehnung scharf. Er betont, dass das Gesetz der Bundespolizei ermöglicht hätte, effizienter gegen illegale Migration vorzugehen. Besonders das Abstimmungsverhalten der SPD verwundert die Gewerkschaft, da die Partei in der vorherigen Legislaturperiode einem ähnlichen Gesetz zugestimmt hatte.

Die DPoIG unterstützt hingegen den kürzlich beschlossenen Fünf-Punkte-Plan, der dauerhafte Grenzkontrollen zu allen deutschen Nachbarstaaten vorsieht. Dieser Plan soll die Befugnisse der Bundespolizei erweitern und die Rückweisung von Personen ohne Aufenthaltsberechtigung ermöglichen. Trotz der Ablehnung des Gesetzes bleibt die Debatte um Migrationspolitik und innere Sicherheit in Deutschland weiterhin intensiv. Die Polizeigewerkschaft fordert nun zusätzliches Personal und Ressourcen, um die Herausforderungen in diesem Bereich bewältigen zu können.

[Bericht online lesen:](https://klas.en-a.de/mixed_news/unverstaendnis_der_polizeigewerkschaft_zum_bundestag-90697/)

https://klas.en-a.de/mixed_news/unverstaendnis_der_polizeigewerkschaft_zum_bundestag-90697/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Oliver Klas

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.